

Nr. 21/24 vom 24.11.2021

European Energy Colloquium

Fit for 55? – Der Beitrag von Gasen zur Erreichung der EU-Klimaschutzziele im Jahr 2030 und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Berlin/Brüssel. Die Europäische Kommission wird im Dezember 2021 ihre Pläne für eine Vierte Reform des europäischen Gasmarktes vorstellen. Ziel ist die Dekarbonisierung der gesamten Gaswirtschaft. Am 17. November 2021 wurden im Rahmen des „European Energy Colloquium“ des Forum für Zukunftsenergien e.V. die Erwartungen der verschiedenen Stakeholder an die Ausgestaltung des Pakets diskutiert.

Tatiana Marquez Uriarte, Mitglied des Kabinetts der EU-Kommissarin für Energie Kadri Simson, betonte in ihrer Keynote die Bedeutung des für Anfang Dezember in Aussicht gestellten zweiten Teils des „Fit for 55“-Paktes zur Erreichung der Reduktion der Treibhausgase um 55% bis zum Jahr 2030. Darin sollen die Binnenmarktregeln um Biogas, Biomethan, grünen und dekarbonisierten Wasserstoff sowie synthetisches Methan ergänzt werden. Bis 2050 sollen regenerative Gase zwei Drittel des Marktes darstellen. Der verbleibende Rest von einem Drittel soll mit Hilfe von CCS dekarbonisiertem Erdgas ausgefüllt werden. Diese „neuen“ Gase sollen in denjenigen Bereichen eingesetzt werden, die (nur?) schwer zu elektrifizieren sind.

Für den Transport von Wasserstoff soll eine ausschließlich diesem Zwecke gewidmete Infrastruktur (H2-backbone) zur Verfügung stehen; bestehende Fernleitungen sollen vollständig umgerüstet werden. Eine neugefasste Erdgasverordnung soll Fernleitungsnetzbetreibern erlauben, H2-Pipelines zu betreiben, was ihnen bislang untersagt ist. Auch soll festgelegt werden, unter welchen Umständen Infrastrukturbetreiber Elektrolyseure besitzen dürfen. Das Gasverteilernetz blieb unerwähnt. Angedeutet wurde lediglich, dass auch künftig die Unbundling-Regeln gelten werden, wobei der EU-Kommission bewusst sei, dass von den Nutzern nicht verlangt werden könne, für die hohen Investitionskosten der H2-Netze aufzukommen.

Prof. Dr. Stefan Ulreich, Hochschule für angewandte Wissenschaften in Biberach, skizzierte in seinem Statement anschließend die Schlüsselrolle von Wasserstoff, Ammoniak und Bioerdgas auf dem Weg zur Klimaneutralität in Europa und Deutschland bis 2030 und machte auf die immensen Vorteile aufmerksam, die die bestehende Gasinfrastruktur bei der Verdrängung von CO₂-intensiveren Energieträgern aufweise. Daneben mahnte Prof. Ulreich an, die Gasverteilernetze und Gasspeicher H₂-ready zu ertüchtigen, um die Versorgungssicherheit zukünftig nicht zu gefährden.

Daniel Wragge, Director of Political & Regulatory Affairs, European Energy Exchange, legte in seinem Beitrag das Augenmerk auf das CO₂-Preissignal für Wasserstoff. Er plädierte für den vermehrten Einsatz von Wasserstoff in der Industrie und bei anderen Anwendungen. Ein valider Preis bilde sich seiner Ansicht nach vor allem im Rahmen des Emissionshandels. Entgegen den Überlegungen zur Resilienz und Stabilisierung der Energiepreise, etwa durch Entkopplung der Gaspreise von den Strompreisen, machte sich Wragge für die europäische Lösung der grenzkostenbasierten Strompreisbildung („Merit Order“) stark.

Zur Etablierung eines europäischen Marktes für (grünen) Wasserstoff empfahl Wragge, den Markthochlauf mit dem Import von (grünem) Wasserstoff zu verzahnen. Die Wirtschaft benötige zudem klare legislative Vorgaben zur Zertifizierung von grünem Wasserstoff, um

Investitionen und die Anerkennung von aus dem europäischen Ausland importiertem Wasserstoff nicht zu gefährden.

Eva Hennig, Leiterin der Energiepolitik Europa bei der Thüga AG, betonte, dass die Unternehmen der Thüga AG nicht nur Gas-, sondern auch Strom- und Fernwärmenetze betreiben und machte auf die Investitionsüberlegungen der Netzbetreiber und die wirtschaftspolitische Relevanz von Wasserstoff aufmerksam. Sie stellte klar: „Wasserstoff wird über die Verteilnetze zum Kunden gebracht“ und „Wasserstoff, der lokal produziert wird, ist nicht zu schade für den Endverbraucher“. Sie mahnte, die mittelständischen Industriekunden als Abnehmer nicht zu vernachlässigen und bei der Planung der Gasnetztransformation nicht nur die großen Cluster im Blick zu behalten. Außerdem machte sie deutlich, dass für die europäischen Verteilnetzbetreiber die vollständige Umstellung auf Wasserstoff kein Problem sei. "Wir reden nicht mehr über Blending und sind ready for H2", betonte sie mit Verweis auf das Studienprojekt "ready4H2" von 90 Verteilnetzbetreibern aus 16 EU-Mitgliedstaaten, dessen Ergebnisse im ersten Quartal 2022 vorgestellt werden sollen. Die Umstellung auf Wasserstoff werde nicht schwieriger sein als die von L- auf H-Gas.

Sie erläuterte, dass sich gut zwei Drittel der fast 100 zur Thüga gehörenden Unternehmen für eine verbindliche Quote zur Treibhausgasreduzierung des gelieferten Gases stark machten, um einerseits den Markt für grüne Gase zu stärken sowie die Produktion zu steigern und andererseits die Gasnetztransformation planbar und geregelt gestalten zu können. Hennig warf die Frage auf, inwiefern es zwischen den Verordnungen im „Fit for 55“-Nachfolgepaket und dem Glasgower „Global Methane Pledge“ Interdependenzen gebe und inwieweit die EU die Globale Methanverpflichtung in seine Gesetzesvorschläge, etwa das Monitoring der Methanemissionen aus der Öl-, Gas- und Kohleindustrie oder die Einführung einer Verpflichtung zur Reparatur von Lecks, integrieren werde. Hennig erinnerte außerdem daran, dass für ein solches „Priority Dispatch System“ für Biomethan, erneuerbare und dekarbonisierte Gase mit einem erheblichen organisatorischen Aufwand zu rechnen sei.

Im Anschluss diskutierte der Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Andreas Glück, Fraktion der Freien Demokraten (*Renew Europe*) und Mitglied des Umweltausschusses (ENVI) sowie Schattenberichterstatter für die EU – Wasserstoffstrategie, mit Ralph Lenkert, Bundestagsfraktion Die Linke, unter Leitung von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien e.V., über den von der EU-Kommission angekündigten zweiten Teil des „Fit for 55“-Paketes sowie die von den drei Referenten beschriebenen Standpunkte.

Glück positionierte sich in Bezug auf die Farbgebung und Taxonomie der Gase sowie der Forderung nach schneller Definition von grünem Wasserstoff klar gegen eine Überregulierung, um den Wasserstoff-Hochlauf nicht zu gefährden und für einen cross-sektionalen und technologieoffenen Ansatz. Gegenüber dem EU-Kabinettsmitglied Uriarte sprach sich Glück vor allem mit Blick auf den PKW-Verkehr gegen Verbote des Einsatzes von Wasserstoff im Verkehrssektor aus. Auch andere Wasserstoffarten als der grüne sollten berücksichtigt werden. Die "Farben" seien lediglich zu definieren und zu zertifizieren, damit die unterschiedlichen Wasserstoff-Arten EU-weit handelbar seien.

Lenkert hingegen bezog deutliche Position bei der Handhabung und Finanzierung der Verteilnetze sowie zur Überlegung einer Kostenverteilung des Wasserstoff-Netzaufbaus auf alle am Netz angeschlossenen Abnehmer. So plädierte er gegen die Umlegung der Kosten auf die Verbraucher und forderte eine Umstellung auf die Anreizfinanzierung. Die Erzeuger von Wasserstoff, die Händler sowie die Kunden sollten an den Netzkosten zu gleichen Teilen beteiligt werden. Mit Blick auf potenzielle Investoren von neuen Wasserstoffnetzen, die durch das Unbundling abgeschreckt würden, gab Lenkert zu bedenken, dass er ohnehin nicht davon ausgehe, dass das Unbundling zu niedrigeren Kosten bei den Verbrauchern führe. Unabhängig davon forderte er einen diskriminierungsfreien Zugang zur Technologie und Infrastruktur für grüne Gase.

Die Präsentationen stehen in Kürze für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der Website (Presse/Publikationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder

Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: info@zukunftsenergien.de.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
zukunftsenergien.de
Twitter @FfZeV
LinkedIn @FfZeV